Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 140 (1974)

Heft: 10

Artikel: Militär und zivile Gesellschaft

Autor: Stäubli, J.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-48846

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Militär und zivile Gesellschaft

Bearbeitet von Major i Gst J. Stäubli

Redaktionelle Vorbemerkung: Nachfolgende Gedanken über die Integration der Streitkräfte in die industrielle Gesellschaft entstammen dem Weißbuch 1973/74 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, herausgegeben im Auftrag der Bundesregierung vom Bundesminister der Verteidigung (S. 49ff.), und beziehen sich auf bundesdeutsche Verhältnisse. Den rechtfertigenden Unterton darf denn auch der schweizerische Leser überhören. Die grundsätzlichen Betrachtungen über den Stellenwert der Armee in der Industriegesellschaft haben indessen zweifellos auch für uns Bedeutung und Gültigkeit. Sbr

Bürger und Soldaten

Wehrdienst ist kein Ausnahmezustand der Demokratie. Die Idee des Staatsbürgers in Uniform bestimmt den Geist der Streitkräfte. Sie ist zugleich die Klammer, die Militärdienst und zivile Lebensordnung miteinander verbindet. Die Bundeswehr ist in dieser Gesellschaft kein Fremdkörper. Ihre Soldaten sind vom arbeitsteiligen Produktionsprozeß nicht ausgeschlossen. Ihr Dienst gewährleistet die Entfaltung von Leben und Arbeit in freier Selbstbestimmung. Darin besteht die Leistung der Bundeswehr. Diese Aufgabe kann von keiner anderen staatlichen oder gesellschaftlichen Großorganisation übernommen werden. Die Streitkräfte dokumentieren den Selbstbehauptungswillen der Bürger gegenüber äußerer Bedrohung und Gewaltanwendung.

Die Bundeswehr ist keine geschlossene Gesellschaft. Sie ist ein Exekutivorgan unseres Staates und ist der parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Streitkräfte sind im Unterschied zu allen anderen Großorganisationen ein außerordentliches Machtpotential. Die in den Wehrgesetzen verankerte Kontrolle der bewaffneten Macht muß daher politisch und gesellschaftlich bewußt wahrgenommen werden. In der demokratischen Gesellschaft gibt es auch für das Militär keinen kritikfreien Schonraum: Die Bundeswehr stellt sich der öffentlichen Diskussion. Diese Grundgedanken bestimmen das Verhältnis von Bundeswehr und Öffentlichkeit, von Bürgern in Zivil und Bürgern in Uniform.

Industrielle Gesellschaft und Militär

Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Bundeswehr, NATO, Wehrpflicht und Verteidigungshaushalt keine Diskussionsthemen. Die Einstellung zu den Streitkräften schwankt von eher wohlwollend bis gleichgültig. Nur Minderheiten lehnen die Bundeswehr ab. Die Grundeinstellung der Bürger zu Bundeswehr und NATO läßt sich mit den Begriffen der «wohlwollenden Indifferenz» oder der «passiven Zustimmung» umschreiben. Es ist eine Haltung, die gegenüber anderen Großorganisationen und supranationalen Einrichtungen auch beobachtet werden kann.

Dieses Meinungsbild beruht weder auf persönlichem Desinteresse noch auf antimilitärischer Einstellung. Es ist auch nicht Folge militärischer Abkapselung gegenüber der Zivilgesellschaft. Die indifferente Haltung der Mehrheit ergibt sich geradezu zwangsläufig aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Kennzeichen moderner Industriegesellschaften ist eine immer weitergehende arbeitsteilige Verästelung und Verfeinerung des Gesamtsystems in eine Vielfalt sich immer feiner und spezialisierender Teilbereiche. Dieser Prozeß kann am augenfälligsten in der Gütererzeugung beobachtet werden, gilt aber auch für den staatlichen und privaten Dienstleistungsbereich, für Kultur, Bildung und Wissenschaft.

Fortschreitende Spezialisierung der Gesellschaft in immer mehr Teilgebilde schafft Distanzprobleme. Es wird immer schwieriger, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. In jedem Beruf, in jeder Organisation herrschen eigene Voraussetzungen, Bedingungen, Notwendigkeiten, gibt es von unterschiedlichen Interessenlagen bestimmte Vorstellungen und Weltbilder, werden andere Anforderungen gestellt. Kein Gesellschaftsmitglied ist heute mehr in der Lage, die Vielzahl gesellschaftlicher und staatlicher Teilgebilde noch vollständig zu überschauen.

Kenntnis und Verständnis der Teilsysteme setzt Lernen und Verstehen der maßgebenden Notwendigkeiten, der Teilrationalitäten, voraus. Moderne Sicherheitspolitik ist aber nicht leicht verständlich. Die Vielfalt der Vertragswerke, das Zusammenspiel von internationaler Politik und nationaler Sicherheit, die enge Verflechtung der Bundeswehr in einem internationalen Bündnis, die Fachsprache der Experten, die rasche Entwicklung der Militärtechnologie haben den komplexen Sachverhalt moderner Sicherheitspolitik ergeben.

Eine distanzierte Haltung des Bürgers zum Staat und damit auch zu den Streitkräften kennzeichnet – mit Unterschieden von Land zu Land – industriell entwickelte und demokratisch verfaßte Gesellschaften. Die Situation in unserem Land stellt mithin keinen Sonderfall dar. Das zivil-militärische Verhältnis ist in den uns vergleichbaren Staaten mit entsprechendem politischen und gesellschaftlichen Entwicklungsstand prinzipiell gleich. Die Beziehungen von Militär und Gesellschaft sind in erster Linie von strukturellen Bedingungen und nicht von individuellen Faktoren oder positiven und negativen historischen Erinnerungsbildern bestimmt.

Zivilisten und Soldaten befinden sich in der Normalität, wenn sich beide Seiten mit selbstverständlicher Bereitschaft und Offenheit begegnen. Gesellschaftliches Vertrauen gegenüber spezialisierten Teilsystemen, die vom Bürger kaum überschaut werden können, äußert sich im allgemeinen als wohlwollende Gleichgültigkeit: Einer Großorganisation gegenüber, der man nicht traut, ist man nicht gleichgültig. Die Ausdrucksform des Vertrauens ist selbstverständlich Hinnahme des Bestehenden. Die Bundeswehr ist integriert, wenn sie im Bewußtsein des Bürgers so nüchtern und selbstverständlich aufgenommen wird wie andere Staatsorgane auch. Niemand wird verlangen, daß der Bürger der Polizei, der Justiz oder anderen staatlichen Einrichtungen gefühlsbestimmte Einstellungen entgegenbringt. Die Normalität des zivil-militärischen Verhältnisses beruht nicht auf Gefühlen, sondern auf der Selbstverständlichkeit alltäglicher Begegnungen von Bürgern in Zivil und Bürgern in Uniform.

Verteidigungsbereitschaft oder Wehrwille oder Wehrmotivation der Bevölkerung bedürfen nicht der ideologischen Steuerung. Der Wille zur Selbstbehauptung, notfalls zur bewaffneten Verteidigung der freiheitlichen Lebensweise benötigt kein Feindbild. Verteidigungsbereitschaft ist gegeben, wenn dem politischen Gesamtsystem mehrheitlich zugestimmt wird. Besteht in dieser Hinsicht gesellschaftliche Übereinstimmung, wird die Legitimität des politischen Systems gemeinhin anerkannt, dann sind darin auch die Streitkräfte eingeschlossen. Auch sie werden von dieser Zustimmung getragen. Damit ist zugleich Verteidigungsbereitschaft gegeben. Einen von politischen Bedingungen isolierten und verselbständigten Wehrwillen, eine von der politischen und gesellschaftlichen Willens- und Bewußtseinsbildung abgetrennte und insofern absolut gesetzte Verteidigungsbereitschaft kann es nicht geben. Die gesellschaftliche Zustimmung zum politischen Gesamtsystem umfaßt auch die Streitkräfte. Sie werden als selbstverständliches Instrument staatlicher Existenzsicherung empfunden. Auch der Verteidigungshaushalt ist eine Grundlage staatlicher Selbstbehauptung.